

CDU –Fraktion im Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Hall

den 18. Januar 2023

An den Vorsitzenden des Gemeinderats
Herrn Oberbürgermeister Daniel Bullinger
Rathaus
74523 Schwäbisch Hall

Anträge zum Haushalt 2023 / 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
wir nehmen zur Kenntnis, dass der vorgelegte Doppelhaushalt im Wesentlichen eine Fortschreibung des vorangegangenen Haushalts ist mit kritischer Vorschau auf die nächsten zwei Jahre. Strukturelle Weichenstellungen sind schwer erkennbar. Dies gibt uns Veranlassung, neben einigen Anträgen etwas weitergehende Anmerkungen vorzutragen.

Zunächst sehen wir mit vielen anderen die politischen und gesamtwirtschaftlichen Probleme, die auch unsere Stadt treffen. Putins Überfall auf die Ukraine zieht mit der Beherrschung von Kriegsflüchtlingen wider Willen Spuren bis zu uns; die Problemlage hier erscheint schwierig aber beherrschbar. Die Energiekrise verbunden mit hoher Inflation, die während des Jahres 2022 uns alle zur Verzweiflung trieb, kann weiterhin nur mit großer Anstrengung und hohen Kosten für die Bürger, für die Stadt und ihre Betriebe bewältigt werden. Die Signale der Wirtschaft, soweit sie bei uns ankommen, sind aber keineswegs defätistisch, eher zuversichtlich im Sinne der Beschäftigten und der kurz- bis mittelfristigen wirtschaftlichen Aussichten der Betriebe. Wir sehen daher wenig Anlass für Notsignale wie vorsorgliche Gewerbesteuer- oder Grundsteuererhöhungen, jedoch sehr wohl Anlass nicht schuldenfinanziert mehr Geld auszugeben, als wir unter mehr oder weniger verstetigten Umständen einnehmen werden.

Wir beantragen:

1. Eine realistische Herabsetzung des Budgets der Bauverwaltung erscheint geboten. Die Bauverwaltung plant wieder mehr Geld auszugeben, als sie voraussichtlich zu bewältigen in der Lage ist. Der Nettoressourcenbedarf für 2023 /2024 wird jeweils mit rund 17 Mio Euro angesetzt, während die Ist-Ausgaben für das letzte abgeschlossene Rechnungsjahr 2021 mit 11,3 Mio Euro beziffert werden (S. 181 HH Plan). Die Bauverwaltung betont dabei permanent ihre starke Überlastung. Sie sollte also nicht mit einem Plus von 50 % gegenüber 2021 deutlich mehr planen und budgetieren, als sie zu schaffen in der Lage ist. Wir fordern eine Herabsetzung der Bauvorhaben durch die Bauverwaltung auf ein realistisches Niveau; in der Folge erscheint eine pauschale Reduzierung des Budgets um 15 %, also - 2,55 Mio Euro angemessen.

2. Die Personalkosten gehen von einer 100% Besetzung aller offenen Stellen aus. Dies erfolgt bei einem gleichzeitig sehr engen bis leeren Arbeitsmarkt. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Gegenüber den Ist-Personalauszahlungen in 2021 von 29,8 Mio Euro (S. 32 HH-Plan) werden 38 und 39,4 Mio Euro geplant (S. 410, HH-Plan); das wäre ein Plus von 27,5 und 32 % . Es wird daher angeregt, die Personalplanung und damit die Personalausgaben der Realität stärker anzunähern. Eine Reduzierung des Plans durch die Verantwortlichen und dem folgend des Budgets um 10 % = rd 4 Mio Euro erscheint angemessen.
3. Wir sehen Probleme in der Verwaltung (die als solche dem Oberbürgermeister untersteht) verursacht durch die Struktur, und zwar durch den Aufwand der Eigenbetriebe (Abwasser, Friedhöfe, Werkhof). Sie könnten unter Beibehaltung klarer Rechnungslegung aufgelöst werden. Ersparnisse ergeben sich aus dem Abbau von Bürokratie und der Nutzung einheitlicher Software. Dabei sollten die Verantwortlichkeiten stärker herausgestellt werden (S. 199, 209, 392, 401 u.a. des HH-Plans). Beispielsweise ist nicht zu verstehen, dass der Leiter des Werkhofs dem fach-fernen Bereich Planen und Bauen untersteht („Produktverantwortung“). Aus Erfahrung haben wir den Eindruck, dass ersterer seinen Betrieb verantwortlich selbst führen kann. Die möglichen Einsparungen sind schwer zu beziffern; wir schätzen diese durch Stärkung der Eigenverantwortung auf rund 100.000 Euro.
4. Generell regen wir an, die Budgetverantwortlichkeiten weitgehend separater Einrichtungen zu stärken und damit die Hierarchien zu verflachen. Wir haben erlebt, dass der Leiter des Museums bei der Frage nach Einsparungen meinte, sein Budget liege bei etwa 60.000 Euro, während das Museumsbudget tatsächlich bei insgesamt 1,5 Mio Euro liegt (sowohl nach dem Ist 2021 wie dem Plan 2023, S.134 des HH-Plans). Ähnliches gilt für Archiv, Musikschule, Volkshochschule oder Stadtbibliothek (S. 133- 141 des HH-plans). Bei einer effektiveren Steuerung durch die unmittelbar Verantwortlichen dieser insgesamt rund 5 Mio Euro erscheint uns eine Einsparung von 10 % = 500.000 Euro denkbar.
5. Die Freilichtspiele sind aus der Sicht des Gemeinderats aufgrund ihrer Vereinsstruktur wenig transparent und schwer steuerbar. Früher waren es einmal Freilichtspiele in den 3 bis 4 Sommermonaten; dies war der Größe der Stadt und ihrer Finanzkraft angemessen und vertretbar. Jetzt scheinen sie sich zu einem teuren ganzjährigen Theaterbetrieb zu mutieren mit erheblichem und zunehmendem Ressourcenverbrauch in Millionenhöhe pro Jahr; dies muss nicht sein. Zudem: Die aktuell zugesagte erhöhte Unterstützung der Freilichtspiele durch die ein örtliches Unternehmen und die gleichzeitige Einstellung des gemeinnützigen Fördervereins der Stadt nehmen wir zur Kenntnis. Allerdings muss diese Umsteuerung von Zuschüssen der Wirtschaft auch eine Budgetentlastung (kombiniert mit Einsparungen) mit sich bringen; sonst wird sie völlig unsinnig. Wir beantragen, die Förderung von 675,8 TEuro (S. 438, 439 HH-Plan- ohne Globe) um 400.000 Euro zu reduzieren.
6. Für die Waldorf-Schule (S. 438 HH-Plan) ist ein Zuschuss von 172.100 Euro ausgewiesen. Er ist entsprechend der Unterstützung anderer Ersatzschulen anzupassen oder, wenn es solche nicht gibt, zu streichen.
7. Jeder Bürger zahlt Rundfunkgebühren für den politisch neutralen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Ein Zuschuss aus Steuermitteln der Stadt für privates

Tendenz-Radio (S. 439 HH-Plan) von 13.100 Euro erscheint verfassungsrechtlich zweifelhaft und ist zu streichen.

8. Für die Spinnerei Ripperg (417f) ist zu fragen, ob der Unterhalt von rd 165.000 Euro notwendig ist. Dringend sollte eine für die Stadt positive Verwendung für das ehemalige Fabrikgelände entwickelt werden, statt mit hohem Unterhalt unbesehen weiterzufahren.
9. Der hohe Aufwand für einen zusätzlichen Parkplatz Einkorn (S. 341 HH-Plan) erscheint verzichtbar. Es gibt für die Gastronomie ausreichend Plätze und zudem Wanderparkplätze. Die für 2024 geplanten 400.000 Euro sind zu streichen.
10. Der Beitrag der Hundesteuer (S. 23 HH-Plan) zu den Stadtfinanzen wird, nach allem was wir hören, durch den Verwaltungsaufwand mehr oder weniger verbraucht. Dieser Beitrag könnte, anders als geplant, durch Erhöhung verbunden mit Kontrolle z.B. durch Feldschützen deutlich um rd 100.000 Euro verbessert werden.

Neben Ergebnisverbesserungen des Haushalts der Stadt, wie oben vorgeschlagen um rund 8 Mio Euro pro Jahr, sehen wir andererseits Bedarf für dringend zu erledigende Aufgaben:

11. Unsere Infrastruktur verdient generell mehr Beachtung, da wir eine nicht unerhebliche Vernachlässigung befürchten. Konkret ist die Sanierung der Luckenbacher-Straße in Bibersfeld überfällig. Möglicherweise ist die Ausschreibung bereits erfolgt. Wir beantragen, die Straßensanierung aus dem Budget von Planen und Bauen ohne Verzug umzusetzen.
12. Wir beantragen 5 weitere Stellen im gemeindlichen Vollzugsdienst, aber mindestens die Erhöhung und Besetzung von 10 Haushaltsstellen. 2019 wurden bereits 5 Stellen beantragt, aber nur 2 geschaffen, somit 7 insgesamt. Derzeit erkennen wir nur 5 bei der Stadt SHA. Wo sind die übrigen? Ein besonders rares Profil, das auf dem Markt nicht zu finden ist, sehen wir, anders als in anderen Bereichen, hier nicht. (S. 390, TH 2, Sicherheit und Ordnung, S. 404 Ordnungswesen).
13. Des Weiteren beantragen wir die Prüfung von Maßnahmen zur Weiterbildung im Kommunalen Ordnungsdienst (mehr Eingriffsrechte – Stadt CR 2 Stellen). Aufgrund des Wachstums SHA und Veränderung Gesellschaft ist dies mehr als nötig angesichts von Demonstrationen, Kundgebungen, Überwachungsaufträgen. Wir schätzen den Aufwand mit rd 15.000 Euro pro Jahr.
14. Wir beantragen die Einführung von Feldschützen auf Basis einer geringfügigen Beschäftigung am Beispiel Heilbronn. Diese dienen der Unterstützung des Vollzugsdienstes im ländlichen Raum bei Maßnahmen wie Überwachung von Straßen und Feldwegen, Naturschutz, Vermüllung. (Fütterung von Tauben, Überprüfung Leinenpflicht Hunde, etc). Wir schätzen den Aufwand auf 20 – 30.000 Euro pro Jahr.
15. Für die Dörfer und Teilorte erwarten wir erweitertes WLAN. Im Zuge des Ausbaus des Glasfasernetzes wurde in den Dorfgemeinschaftshäusern die Infrastruktur gelegt. Wir beantragen, dass die Stadt hier in den infrage kommenden Dörfern und Teilorten jeweils an einem Ort free WLAN als Beitrag zur modernen Infrastruktur gerade auch mal und bewusst außerhalb der Innenstadt als Förderung des ehrenamtlichen Engagements bereitstellt. Anträge sollten über die Ortschafträte erfolgen.

16. Wir beantragen, 100.000 Euro für die dringendst erforderliche Sanierung des Vereinsheims des TSV Hessental in den Haushalt einzustellen und weitere 40.000 Euro für den einfachen Ausbau einiger schottergebundenen Parkplätze, zusammen 140.000 Euro. Die Sanierung sollte komplett in die Regie des Sportvereins delegiert werden (nach dem Muster Sulzdorf Ballspielhalle), um die Bauverwaltung nicht zusätzlich zu belasten.
17. Wir beantragen die Erhöhung der gesamten Teilortsbudgets um 25.000 Euro. Die verbesserten Teilortsbudgets können für allgemeine kleine Pflegemaßnahmen an Grünflächen, an Spielplätzen und für sonstige Infrastruktur wie für Wege und Plätze eingesetzt werden. Jeder Euro, den die Teilorte dort ausgeben, spart der Stadt im Nachgang viel Geld und Aufwand bei Bauverwaltung und Werkhof. „Eine starke Stadt braucht starke Teilorte“ (Zitat OB).
18. Wir stellen den Antrag, den teilweise unbefriedigenden Zustand der Schulsozialarbeit neu zu organisieren. Wir hören, dass in einer Grundschule binnen drei Jahren dreimal ein Personalwechsel auf diesem Gebiet zu beklagen war. Dazwischen lagen jeweils unbesetzte Monate. Es wird berichtet, die Schulsozialarbeiter oder Schulsozialarbeiterinnen verließen die Stelle nicht etwa aus privaten Gründen, sondern weil das Stellenprofil, so wie es ist, nicht stimmig für sie war. Sie hatten Probleme mit unausgeglichener Arbeit, einmal hier einmal dort, überlastet und ohne Beständigkeit. Es fehle, so wird berichtet, andererseits den Kindern und den Eltern an einer verlässlichen Bezugsperson, daraus folgend an Vertrauen, an Bindung, an Verlässlichkeit von Angeboten mit der Folge erheblicher Frustration. Dabei wäre ganz im Gegenteil aus der Sicht der Schulen großer Bedarf für die Schulsozialarbeit gegeben; eine Vielzahl sozialer Themen brennen den Kindern unter den Nägeln, wie Todesfälle von Vater oder Mutter, Familientrennungen, Besprechung von Streitereien unter den Kindern, Mobbing, Umgang mit sozialen Medien, Sexualität und vieles andere mehr. Wir fragen uns, warum in den letzten zumindest drei Jahren keine andere Lösung von der Stadt angedacht wurde. Ein Beispiel ist, dass die AWO auch Schulsozialarbeiterstellen besetzt mit Personen, die fachliche Qualität und personelle Stabilität verbinden. Wir stellen den Antrag, dass sich die Verantwortlichen des Fachbereichs Soziales extern informieren und Angebote einholen zur Schulsozialarbeit, welche sie dann mit den Schulleitern der notleidenden Schulen umsetzen können. Als Budget beantragen wir 100.000 Euro für externe Schulsozialarbeit.
19. Die für Schwäbisch Hall neue Übernachtungssteuer soll 400 – bis 500.000 Euro pro Jahr einbringen (S. 23 HH-Plan). Die gebotene Gleichmäßigkeit der Besteuerung aller Übernachtungen bleibt abzuwarten; wir leben auch in diesem Gewerbe auf keiner Insel, sondern im Wettbewerb des regionalen Umfelds; der Verwaltungsaufwand steht noch in den Sternen. Wir sehen zu recht den Protest der Hoteliers gegen eine bisher unbekannte und vergleichsweise hohe Steuer (Schreiben der Hoteliers, Januar 2023). Wir beantragen, die Steuer von 3,00 Euro auf 1,20 Euro zu berichtigen. Die geplanten Einnahmen aus der Steuer sind dann auf 160.000 Euro in 2023 beziehungsweise 200.000 Euro in 2024 zu reduzieren. Weitere Erfahrungen bleiben abzuwarten.

gez. Ludger Graf v.Westerholt
(Fraktionsvorsitzender)